

Neudruck

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3644
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/9302

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3644 vom 26. Juni 2014:

Entschädigungen für Gewerbetreibende bei Straßensperrungen

Bei Baumaßnahmen werden in Brandenburg teilweise Straßen für längere bis sehr lange Zeit vollständig gesperrt. Das dadurch Belastungen für die Bürger und Unternehmen entstehen ist offenkundig, in der Regel auch unvermeidbar.

Bei einigen Unternehmen können länger andauernde Sperrungen zu existenzbedrohenden Einbußen führen. Beispiele sind landwirtschaftliche Unternehmen die ihre Flächen nur noch über weite Umwege erreichen können oder Einzelhändler denen die Kunden ausbleiben, da diese aufgrund der Baumaßnahmen deren Geschäfte nicht mehr erreichen können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Können Unternehmen die infolge einer länger andauernden Straßensperrung extrem benachteiligt sind Fördermittel oder Hilfen beantragen wenn sie nachweisen, dass sie infolge der Sperrung in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind?
2. Was unternimmt die Landesregierung um Vollsperrungen von Straßen auf eine unumgänglich kurze Zeit zu begrenzen, insbesondere wenn Umleitungen sehr große Umwege darstellen?
3. Warum werden z.B. Hilfsdämme bei Brückenbauarbeiten (Beispiel Zerpenschleuse im Barnim) nur für den Anliegerverkehr freigegeben oder Ortsdurchfahrten als Sackgasse ausgeschildert obwohl die Passage der Baustelle mit nur geringen Einschränkungen möglich ist?
4. Was unternimmt die Landesregierung um die Bürger jederzeit aktuell über Streckensperrungen, Umleitungen oder Erreichbarkeit von Orten im Umfeld von Baustellen zu informieren?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Können Unternehmen die infolge einer länger andauernden Straßensperrung extrem benachteiligt sind Fördermittel oder Hilfen beantragen wenn sie nachweisen, dass sie infolge der Sperrung in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind?

Zu Frage 1:

Grundsätzlich besteht für Unternehmen, die infolge einer länger andauernden Straßensperrung extrem geschädigt sind, die Möglichkeit, beim zuständigen Träger der Straßenbaulast eine Entschädigung zu beantragen. Die konkreten Voraussetzungen dafür sind in § 8a Absatz 5 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 22 Absatz 6 Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) definiert.

Frage 2:

Was unternimmt die Landesregierung um Vollsperrungen von Straßen auf eine unumgänglich kurze Zeit zu begrenzen, insbesondere wenn Umleitungen sehr große Umwege darstellen?

Zu Frage 2:

Im Rahmen der Vorbereitung jeder Baumaßnahme prüft der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) alle Möglichkeiten, um die Dauer und räumliche Ausdehnung von Arbeitsstellen so zu gestalten, dass damit eine möglichst geringe Beeinträchtigung der Verkehrsabwicklung verbunden ist. Dabei sind verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen u. a. die Art der Baumaßnahme (Brückenbau, Straßenbau, Erhaltungsmaßnahme an der Oberfläche, grundhafter Ausbau etc.), die Lage der Baumaßnahme (innerorts, außerorts), beteiligte Dritte (Leitungsverwaltungen), die verkehrliche Bedeutung des betroffenen Straßenabschnittes und nicht zuletzt arbeitsschutzrechtliche Belange.

Die Prüfung erfolgt nach einheitlichen Kriterien und Qualitätsstandards, die durch den „Leitfaden zur Bauzeitoptimierung und -verkürzung“ des LS vorgegeben sind.

Zur Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften muss in vielen Fällen, insbesondere in Ortsdurchfahrten, unter Vollsperrung gebaut werden, da zu geringe Verkehrsraumbreiten vorhanden sind.

Um Vollsperrungen auf kurze Zeit zu begrenzen und insgesamt knappe Bauzeiten letztlich auch realisieren zu können, nimmt die Gestaltung der Bauverträge eine Schlüsselfunktion ein. Seit mehreren Jahren werden bei dafür geeigneten Bauprojekten Bonus-/Malus-Regelungen bzw. Vertragsstrafen bei Fristüberschreitung angewendet.

Frage 3:

Warum werden z.B. Hilfsdämme bei Brückenbauarbeiten (Beispiel Zerpenschleuse im Barnim) nur für den Anliegerverkehr freigegeben oder Ortsdurchfahrten als Sackgasse ausgeschildert obwohl die Passage der Baustelle mit nur geringen Einschränkungen möglich ist?

Zu Frage 3:

Bei jedem Bauprojekt sind andere Randbedingungen hinsichtlich der örtlichen Gegebenheiten sowie der Bautechnologie und -abläufe zu beachten. Entsprechend erfolgt die Einteilung der Bauabschnitte. Unter Berücksichtigung der Interessen der vom Bauprojekt Betroffenen wird über die Verkehrsführung während der Bauzeit in jedem Einzelfall gesondert entschieden. Die Verantwortung dafür trägt der jeweilige Straßenbaulastträger.

Die Herrichtung von verkehrssicheren Behelfswegen für den Allgemeinverkehr führt in der Regel zu erheblichen Mehrkosten, die bezogen auf die oftmals sehr kurze Zeit der Vollsperrung ein unwirtschaftliches Maß erreichen.

Frage 4:

Was unternimmt die Landesregierung um die Bürger jederzeit aktuell über Streckensperrungen, Umleitungen oder Erreichbarkeit von Orten im Umfeld von Baustellen zu informieren?

Zu Frage 4:

Die Informationen, die der LS als Vorhabenträger einer Vielzahl von Baumaßnahmen veröffentlicht, sind vielfältig und verlaufen auf unterschiedlichen Ebenen und zu verschiedenen Zeitpunkten.

Über jedes einzelne Bauvorhaben informiert der LS frühzeitig in den Medien. Die Ankündigung, einschließlich Beschreibung der Verkehrsbeeinträchtigungen und ggf. der Umleitungsstrecke, erfolgt etwa drei bis fünf Tage vor Baubeginn in den örtlichen und überregionalen Medien (Tageszeitungen, Wochenspiegel, Radiosender, rbb-Radiosender/-Fernsehen).

Betroffene Straßenanlieger werden in Bürgerversammlungen vor Ort informiert; dort wird das Projekt ausführlich erläutert, die Einschränkungen werden detailliert geschildert und ein Ansprechpartner für Probleme benannt. Hinweise von Bürgern, Gewerbetreibenden und sonstigen Betroffenen werden aufgenommen und soweit möglich umgesetzt.

Auch während der Baudurchführung wird regelmäßig über den Stand der Arbeiten oder Änderungen bei der Verkehrsführung berichtet.

Darüber hinaus ist eine plausible und übersichtliche Beschilderung der Baustelle sowie der ggf. notwendigen Umleitungen die entscheidende Vor-Ort-Information. Bei der Beschilderung sind durchaus Hinweise bezüglich der Erreichbarkeit von Gewerbeunternehmen im Baustellenbereich möglich. Dies bedarf einer Einzelfallprüfung.

Mit dem Baustelleninformationssystem des Landes bietet die Straßenbauverwaltung allen Verkehrsteilnehmern per Internet die Möglichkeit, sich über Baustellen im Straßennetz zu informieren und so staufgefährdete Strecken zu umfahren. Die Daten werden täglich aktualisiert.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Öffentlichkeitsarbeit ist der Internetauftritt des Landesbetriebes. Hier können umfassende Beiträge zu aktuellen Bauprojekten und deren Auswirkungen abgerufen werden unter www.ls.brandenburg.de.